

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Präsidialabteilung

GZ.: Präs - 21 Ge 1 - 80/14

Graz, am 28. 5. 1985

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gleichbehandlungs-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme.

Tel.: 7031/2428 od. 2671

ZL 33 GE/19.5

Datum: 30. MAI 1985

Verteilt 31.5.85 Pkter

St. Jayek

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I.,
Dr.Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der NÖ-Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Graes



AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung – Präsidialabteilung

An das

Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1

1010 W i e n

GZ Präs - 21 Ge 1 - 80/14

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gleichbehandlungs-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme.

Bezug: Zl. 30.800/64-V/3/1985

Präsidialabteilung

8010 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

Dr. Temmel

Telefon DW (0316) 88x/ 7031/2913

Telex 031838 lgr gza

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen
dieses Schreibens anführen

Graz, am 28. Mai 1985

Zu dem mit do. Note vom 18. April 1985, obige Zahl, über-
mittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, wird wie folgt
Stellung genommen:

Die Grundtendenz des vorliegenden Entwurfes einer Erwei-
terung des sachlichen Geltungsbereiches des Gleichbehand-
lungsgesetzes wird grundsätzlich begrüßt.

Zu Art.II des Entwurfes wird jedoch bemerkt, daß die der
Kompetenz der Bundesgesetzgebung im Art.12 B-VG gezogenen
Grenzen bei weitem überschritten werden. Die für die Rege-
lung der Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Land-
und Forstwirtschaft ausgestellten Grundsätze lassen den
für die Ausführungsgesetze der Länder erforderlichen Ge-
staltungsspielraum vermissen. Vielmehr werden Detailrege-

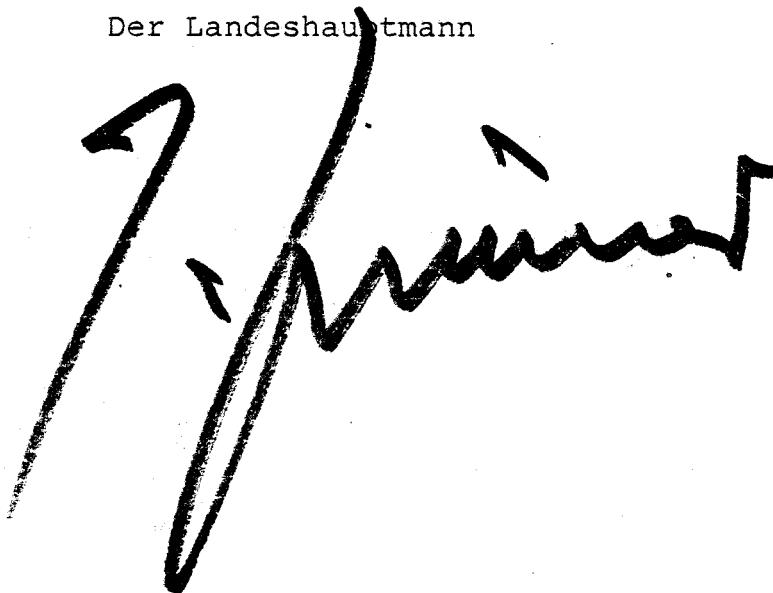
./. .

- 2 -

lungen getroffen, die der Landesgesetzgebung vorzubehalten wären. Dies zeigt sich besonders deutlich darin, daß die grundsatzgesetzlichen Regelungen mit den unmittelbar anwendbaren Bestimmungen des Art.I sogar wörtlich übereinstimmen. Die Grundsatzbestimmungen des Art.II des vorliegenden Entwurfes stellen einen Eingriff in die Ausführungsge setzgebung der Länder dar und werden daher entschieden abgelehnt.

Für die Steiermärkische Landesregierung

Der Landeshauptmann

A large, handwritten signature in black ink, appearing to read "Fischer", is positioned below the typed title "Der Landeshauptmann". The signature is written in a bold, cursive style with some vertical strokes.